

Die Wieder-Gründung des Landesvereins Badische Heimat in Freiburg am 23. Oktober 1949

Paul-Ludwig Weinacht

Der Bombenangriff auf Freiburg am 27. November 1944, der große Teile der Stadt zerstört hat, verschonte die Hansjakobstraße und die in der Nr. 17 befindliche Landesgeschäftsstelle des Vereins. Aber der Einzug von Truppen der französischen Ersten Armee (de Lattre de Tassigny) veränderte den vermeintlichen Vorteil sehr schnell. Denn die Besatzer erklärten den Verein und seinen Geschäftsführer für »politisch belastet«. Eris Busse, der die Heil-Hitler-Grußformel in Briefen bis zuletzt vermied, war 1943 noch Parteimitglied geworden. Mit dem Vereinsverbot durch die Franzosen ging die Konfiszierung der Geschäftsstelle einher, und Busse verlor seine Dienstwohnung.

Die Besatzungsmächte hatten in ihrer jeweiligen Zone die alleinige und unkontrollierte Herrschaft. Mit dem Namen »Besatzungsdiktatur« wird diese Art von Regierung korrekt erfasst. Auf die von den Siegern erhoffte deutsche Demokratie-Begeisterung wirkten sich Entscheidungen der Besatzungsmächte nicht selten negativ aus.

Der lange Weg zur Wiedergründung der Badischen Heimat

In der Not der ersten Nachkriegsmonate ist ein Heimatverein nicht das, was die Bevölkerung am dringendsten braucht. In vielen Familien waren die Väter und Brüder im Krieg geblieben, andere Familienangehörige im Bombardement gestorben. Es fehlte an Lebensmitteln, viele Häuser und Wohnungen waren zerstört, und die schönsten und größten unter den heilgebliebenen dienten oft den Siegern. Als Besatzungsmacht hatten sie die absolute Regierungsgewalt.

Und doch nahmen Mitglieder des einstigen Engeren Vorstands des Landesvereins ihre ehrenamtlichen Aufgaben seit 1946 wieder in die Hand. Man traf sich – mangels Zugang zum

Landessekretariat – im Haus des Bauunternehmers Heinrich Brenzinger in der Goethestraße in Freiburg und beriet, wie es weitergehen könne. Der ehemalige Landeskommisär Paul Schwoerer behielt das bedeutungslos gewordene Amt des Landesvorsitzenden – ein König ohne Reich. Sein »Geschäftsführender« war nach wie vor Hermann Eris Busse, den allerdings eine Krankheit und eine formale politische Belastung (PG seit 1943) mehr und mehr von der Arbeit abhielten. Er starb in Freiburg am 15. August 1947.

Der Landesverein, der besonders zuletzt regimenah operierte, wurde von den Franzosen verboten. Unter Beachtung der von der Besatzungsmacht festgelegten Bedingungen konnte um eine Neuzulassung nachgesucht werden. Der Antragsteller musste politisch



Luftaufnahme von Freiburg von Süden nach dem Angriff vom November 1944 (Stadtarchiv Freiburg M 72 B 271)

unbelastet sein, eine vorläufige Liste von Vorstandsmitgliedern war beizufügen, für die dasselbe galt, Vereinsmitglied konnte nur werden, wer von einem von der Besatzungsmacht als »unbelastet« erklärten zentralen Gremium aufgenommen wurde und vor allem: die Zulassung galt nur für die französische Besatzungszone. Der größere Teil der im Engeren Vorstand versammelten Persönlichkeiten war politisch unbelastet. Sie täuschten sich allerdings hinsichtlich der Eignung der letzten Satzung des Vereins vom Jahr 1935, auch wenn sie von sich aus im Paragraphen 2 (»Zweck«) eine regimenaher Formulierung weglassen wollte: Diese hatte dem Zweck der Förderung von »Heimat und Volkstum im Reich« gegolten, und zwar im Blick auf die »kulturellen Ziele des nationalsozialistischen

Aufbauwillens«. Die Franzosen kritisierten eine Reihe weiterer Paragraphen der Satzung, und die Zulassung des Landesvereins zog sich hin.

Noch während die Franzosen prüften, nahm der Engere Vorstand Kontakt mit alten Mitgliedern auf, um Begegnungen auf örtlicher Ebene anzuregen. So begann ein Graswurzel-Verfahren der Wiederherstellung des Heimatvereins, das nachträglich von den Franzosen verworfen wurde. Für zonenübergreifende Vereinsgründungen im Gebiet des früheren Baden waren neben den Franzosen im Süden die Amerikaner für Nordbaden zuständig. Vereinbarungen zwischen den Besatzungsmächten fehlten. So war absehbar, dass der Schritt-

um-Schritt-Aufbau des Vereins an der Zonengrenze Halt machen würde.

Im Jahr 1948 entstanden die sog. Frankfurter Protokolle, die die Gründung eines Weststaates zum Ziel hatten. Die Spezialfrage der Zulassung zonenübergreifender privater Vereine war darin nicht ausdrücklich geregelt. Gleichwohl richteten sich die Augen von Karlsruher Altmitgliedern gewohnheitsmäßig auf Freiburg. In einem Brief an den Landesvorsitzenden Schwoerer, der im Archiv der Badischen Heimat verwahrt ist, mahnte die Karlsruherin Erna Reidel, dass es höchste Zeit sei, mit der Gründung eines zentralen Heimatvereins zu beginnen, »wenn man nicht zu spät kommen will ... auch wenn die Grenzen zwischen Nord- und Südbaden noch nicht gefallen sind« (an Paul Schwoerer v. 20.

Mai 1949). Wenn der Engere Vorstand in Freiburg bis dahin mit der Forderung nach Einbeziehung Nordbadens gezögert hatte, dann vor allem deshalb, weil dadurch eine Politisierung der Vereinsgründung befürchtet wurde. Aber gewollt oder nicht – in der Frage der Neugliederung des in Besatzungsländer geteilten Deutschland musste Farbe bekannt werden. Heinrich Köhler, Landespräsident von Nordbaden, suchte die Verbindung mit Südbaden unter gleichzeitiger Erhaltung der staatlichen Verbindung zu Württemberg, der südbadische Staatspräsident Leo Wohleb wollte diese Verbindung zugunsten eines selbständigen und unabhängigen Gesamtbadens kappen. Wie man es drehte und wendete: Die Vereinsgründung geriet ins Fahrwasser der Neugliederungspolitik in Südwestdeutschland.

Wiederholte Versuche, eine partielle Zulassung des Landesvereins für die französische Zone zu erreichen, scheiterten an Bedenken der Militärregierung wegen zu geringer Änderung der alten Vereinssatzung. Hilfe kam aus dem Freiburger Justizministerium, dessen Chef, Dr. Paul-Zürcher, sich anbot, bei den Franzosen Druck zu machen. Zürcher war Gründungsmitglied der christlich-sozialen Partei (später CDU) und verfügte – auch dank seiner regimekritischen Haltung in der NS-Zeit – über gute Kontakte zur Militärregierung. Unwillkommen war seine Unterstützung bei denen, die seine badische Orientierung im Gefolge des Staatspräsidenten Leo Wohleb nicht teilten. Ihr Credo hieß: Der zu gründende Landesverein dürfe in der politischen Gretchenfrage der südwestdeutschen Neugliederung keine Stellung beziehen.

Nun beruhte das Engagement von Zürcher zugunsten einer raschen Zulassung des Landesvereins vor allem auf der Erwartung, dass ein auf Gesamtbaden bezogener Heimatver-

ein eine Stütze im Kampf um die Wiederherstellung der alten Länder sein könne. Auch die in Freiburg erscheinende Südwestdeutsche Volkszeitung erwartete, »daß die ›Badische Heimat‹ wieder auf gesamtbadischer Grundlage erstehe und, wie zuletzt noch unter dem verstorbenen Geschäftsführer und Dichter Eris Busse, zum Treuhänder des gesamtbadischen Volkstums werde.« (17. August 1949)

Wiedergründung der Badischen Heimat für Gesamtbaden (August 1949 bis Januar 1950)

Die Militärregierung verlangte vor einer Genehmigung der Wiederezulassung der Badischen Heimat, »den Wirkungsbereich des Vereins auf das Land Baden – Französisches Besatzungsgebiet« zu beschränken. Das entsprach dem nicht vorhandenen Abkommen mit den Amerikanern, also einem Gebot der Loyalität im Verhältnis zwischen Besatzern. Auch Regelungen, die den örtlichen Gruppen autonome Rechte beließen, akzeptierten die Franzosen nicht – immer ging es um die Ausschaltung »politisch Belasteter«. Zur Sicherung, dass die Vereinsführung nicht von solchen Personen übernommen werden könne, durften sie nicht aus der Mitgliederversammlung hervorgehen, sondern aus dem Beirat, der ein politisch überprüftes Gremium war. Ohne jeden Zweifel war die Frage des Vereinsgebiets bzw. des »Wirkungskreises des Vereins« angesichts der politischen Großwetterlage im deutschen Südwesten die entscheidende. Die Sorge, vormalige Nazis könnten durch Vorstandsposten wieder zu Einfluss kommen, trieb die Militärregierung um. In diesem Sperrgebiet den Weg zu einer gesamtbadischen Vereinsgründung gewiesen zu haben, ist das Verdienst von Paul Zürcher:



Historisches Kaufhaus in Freiburg (Foto: Jörgens.mi / Wikimedia Commons)

Er sorgte dafür, dass die Nordbadener, wenn auch in der Figur von »Gästen«, unter der Leitung des Karlsruher Oberbürgermeisters, ausreichend zahlreich zur Gründungsversammlung nach Freiburg kamen, wo dann aus der Mitgliederversammlung heraus die Vorstandsämter besetzt werden sollten.

Diese Versammlung fand am 23. Oktober 1949 im Kaufhaussaal am Freiburger Münsterplatz statt, wo sonst der (Süd-)Badische Landtag tagte und nun schätzungsweise 400 Mitglieder aus Süd- und Nordbaden Einlass gefunden hatten. Das gedruckte Programm sprach von einer »Neugründungsfeier«, auch wenn angesichts des langjährigen Vereinsverbots »Wiedergründungsfeier« passender gewesen wäre. Für die gesamtbadische Idee stand das Wort Wieder-Gründung, für die zonale Idee das Wort »Neu-Gründung«.

Die Organisation und Leitung der Feier war vom Brenzinger-Kreis, in dem die Anhänger

des Vereins-Mottos »fern aller Politik« dominierten, einem Gesinnungsfreund übergeben worden, dem Kunsthistoriker Prof. Noack. Um spüren zu lassen, dass es unpolitisch und feierlich zugehen solle, setzte er ein Instrumental-Trio ein, das Josef Haydns Trio G-Dur für Klavier, Flöte und Violoncello spielte. In seiner Begrüßungsrede versuchte Noack die Anwesenden davon zu überzeugen, dass die »Badische Heimat« die Vereinsaufgaben »besonders in kritischer Zeit« vorbildlich gelöst habe, »weil sie sich von allem Politischen ferngehalten« habe. Dieser Satz, der angesichts des Hitler-Reiches werbend klingen sollte, war tatsächlich peinlich und schief.

Die Zusammenkunft der Badener aus Nord und Süd, zu der auch Staatspräsident Wohleb mit Mitgliedern seines Kabinetts gekommen war, geriet – den Hoffnungen der »Unpolitischen« zum Trotz – so politisch wie ein Parteitag es nur sein kann. Politische Köpfe gaben

denn auch die Richtung vor und erzielten im Saal große Mehrheiten: Prälat Föhr (Freiburg), Oberbürgermeister Töpfer (Karlsruhe), Paul Zürcher und Leo Wohleb (beide Freiburg).

Im Saal gab es drei Fraktionen, die zur Wieder- oder zur Neugründung der Badischen Heimat aufriefen oder sich dazu aufrufen ließen:

- Die Mehrheit des Engeren Vorstandes mit Prof. Noack, die die Badische Heimat um jeden Preis aus der Politik heraushalten wollten und daher bereit waren – der französischen Gebietsentscheidung entsprechend und der gesamtbadischen Bewegung die kalte Schulter zeigend – einen Landesverein für Südbaden »neu zu gründen«;
- Die Nordbadener, insbesondere die Karlsruher unter Führung ihres OB Töpfer, der keinen Sinn darin sah, den von Franzosen gezogenen Wirkungskreis der Badischen Heimat auf Südbaden zu beschränken; sie waren gekommen, um die gesamtbadische Heimat »wieder zu gründen«, ohne dass die politische Option gegen den Südweststaat im Vordergrund stand;
- Und drittens die gesamtbadisch gesinnten Südbadener, die sich hinter Paul Zürcher, Leo Wohleb und Prälat Föhr stellten. Der Prälat räumte mit dem Satz »die Zeiten sind vorbei« die französischen Vorbehalte beiseite, und Paul Zürcher ließ erkennen, dass es bei der Wiedergründung auch um die Wiederherstellung Badens gehe.

Gegen die von der Tagungsleitung zur Akklamation vorbereitete südbadische Vorstandsliste, forderte Paul Zürcher, dass ebenso viele nord- wie südbadische Kandidaten aufzustellen seien. Er nannte die Namen von sieben Nordbadenern – ein Vorschlag, den der Karlsruher OB Töpfer (»Ich weiß nicht, was die Franzosen hier noch zu verneinen ha-

ben«) und Staatspräsident Wohleb (»mutig vorangehen und gleich unsere [nordbadischen] Freunde wählen«) lebhaft unterstützten. Die Versammlung wählte daraufhin sieben süd- und sieben nordbadische Kandidaten in den Landesvorstand. Vorsitzender wurde der Karlsruher Ministerialbeamte Prof. Dr. Eugen Thoma.

Zu all dem gab es Gegenreden, sie kamen aus dem Engeren Vorstand (»juristische Fehler«, »keine politische Sache«). Staatspräsident Wohleb schlug mit der überwältigenden Zustimmung der Versammlung (eine Gegenstimme) vor, dass Dr. Julius Federer – ein hoch angesehener badischer Richter – ein Rechtsgutachten verfassen solle, in dem er die drei umstrittenen Fragen prüfen sollte:

1. Südbaden/Gesamtbaden,
2. Nordbadener im Vorstand,
3. Ortsvereine nach der alten Satzung.

Anderen Tags berichteten die Zeitungen über das Geschehen im Freiburger Kaufhaus. Die in Freiburg erscheinende Badische Zeitung hatte die Überschrift gewählt: »Das ganze Baden als Ziel«. Und so beginnt der Bericht: »Wie sehr der Bevölkerung ganz Badens die Wiedergründung des Landesvereins Badische Heimat am Herzen liegt, bewies der überaus starke Besuch der Neugründungsversammlung (sic!) am Sonntagvormittag. Trotz einem strahlenden Herbstmorgen war der Kaufhaussaal überfüllt, so dass viele nur noch einen Stehplatz bekamen. Man sah viele bekannte Gesichter aus den Reihen der alten Badischen Heimat, auch aus Nordbaden war eine starke Abordnung erschienen.« (BZ 25.10.1949).

Die Franzosen ließen sich über Diskutanten und Abstimmungsergebnisse durch zwei geheime Informanten unterrichten. Einer von ihnen schrieb: »Die pro-fusionistische (= Süd-



Staatspräsident Leo Wohleb
(Staatsarchiv Freiburg, T 1 (1976/0049) Nr. 323)

weststaats-freundliche) Gruppe habe durch Nichtveränderung der Satzung [gemeint: BH in Südbaden] dem Südweststaat nützen wollen; die Gruppe um Staatspräsident Wohleb habe aber das Vorhaben glücklich gewittert (›flairé heureusement la manoeuvre‹) und sich so darauf eingestellt (›préparé leurs batteries‹), dass sie auf ganzer Linie gesiegt habe.« (Archives de Colmar, Bade Nr. 658, heute in Paris). Offenbar wusste der Informant, dass ein Vereinsgebiet Gesamtbaden beim Pariser Außenministerium auf Interesse stieß. Paris war für das Argument zugänglich, dass Traditionsländer zur soeben gegründeten westdeutschen Föderation besser passten als neugebildete Großstaaten.

Dr. Federers Rechtsgutachten hatte zumindest eine Wirkung: Private Vereine müssten nicht von den Besatzungsmächten zugelassen werden und deren jeweilige Zonen respektieren, denn sie beruhten auf dem Grundrecht der Vereinsfreiheit, das im Grundgesetz vom 23.5.1949 und in der (Süd-)Badischen Verfassung vom 19.5.1947 garantiert sei. Gleichwohl dauerte es bis in den Januar 1950, bis der Landesverein seine satzungsmäßigen Aufgaben aufnehmen konnte – erst dann war die vorrangige Personalprüfung der Vorstandsmitglieder (Denazifikation) abgeschlossen.

Halten wir fest: Als erster Vorsitzender des wiederbegründeten Landesverein war – noch ohne besatzungsrechtliche Erlaubnis – mit Prof. Thoma ein Nordbadener gewählt worden. Politisch völlig unbelastet, musste er krankheitsbedingt nach kaum zwei Jahren aus dem Amt ausscheiden. An seiner kurzen Amtszeit hatte – es war nicht zu übersehen – ein Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle unrühmlichen Anteil. Während tage- und zuletzt wochenlanger Abwesenheit des Vorsitzenden hatte er die Kompetenzen eines Eris Busses als geschäftsführender stellvertretender Vorsitzender an sich gezogen und auch bei Anwesenheit von Prof. Thoma behauptet, ohne dass er auch nur entfernt Busses Qualitäten besessen hätte.



Anschrift des Autors:
Prof. em. Dr. phil.
Paul-Ludwig Weinacht
Roßstraße 27
97261 Güntersleben